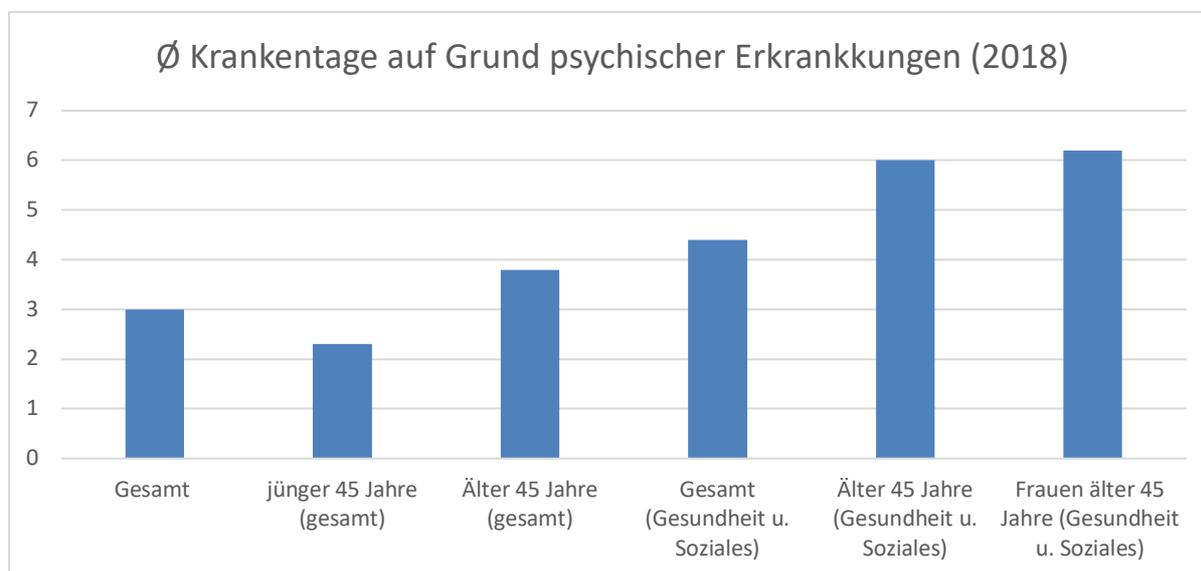


Psychische Erkrankungen: ältere Beschäftigte im Gesundheitswesen besonders stark betroffen

Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Alternde Belegschaften und psychische Belastungen bei der Arbeit“ (Drs. 19/23898) von Jutta Krellmann u.a., DIE LINKE im Bundestag

Zusammenfassung:

Die Anzahl der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen hat sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht (+ 213 Prozent). Die Betroffenheit von älteren Beschäftigte ab 45 Jahre ist um mehr als drei Viertel höher, als bei Jüngeren. Frauen sind um etwa zwei Drittel stärker betroffen als Männer. Ältere Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen sind mehr als doppelt so häufig wegen psychischer Erkrankungen krankgeschrieben, als im Durchschnitt aller Branchen und Altersgruppen. Die am stärksten betroffene Beschäftigtengruppe sind ältere Frauen im Gesundheits- und Sozialwesen.



Der Anteil älterer (50 +) an der Gesamtzahl aller Beschäftigten ist in den letzten zehn Jahren von etwa 29 auf knapp 37 Prozent gestiegen, die Anzahl älterer Beschäftigter ist um fast die Hälfte angewachsen. Der Anteil älterer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter im Gesundheits- und Sozialwesen ist von 25 Prozent im Jahr 2009 auf 35 Prozent im Jahr 2019 gestiegen. Bei ausschließlich geringfügig Beschäftigten ist der Anteil im selben Zeitraum von 38 auf 57 Prozent gestiegen.

Die Anzahl der Ausfalltage aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen hat sich von 27,3 Millionen Ausfalltagen im Jahr 1998 auf 111,8 Millionen Ausfalltage im Jahr 2018 erhöht. Die anteiligen Produktionsausfallkosten am Bruttonationaleinkommen haben sich in diesem Zeitraum mit 13,3 Milliarden € vervierfacht. Jede vierte Frühberentung geht auf die Diagnose „Psychische Störungen“ zurück, mit steigender Tendenz.

Wesentliche arbeitsbezogene Stressoren sind Zeit- und Leistungsdruck, Multitasking, häufige Unterbrechungen, geringe Kontrolle über die Arbeit, unfaire Entlohnung, Monotonie und Arbeitsplatzunsicherheit sowie nicht zuletzt Mobbing und schlechte Führung. Vor allem ältere Beschäftigte zeigen negative Körperreaktionen auf Stress, insbesondere wenn sie nicht über hinreichende Bewältigungsstrategien verfügen. Mit zunehmendem Alter steigt die Belastung durch häufigen Termin- oder Leistungsdruck, durch das Betreuen von verschiedenen Arbeiten gleichzeitig belastet, man arbeitet häufiger an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit und hat häufiger Probleme nach der Arbeit abschalten zu können.

Zur Vermeidung von Gefährdungen kommt der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung psychische Belastungen eine große Bedeutung zu, erklärt die Bundesregierung. Aber nur 5 Prozent aller Betriebe setzen die Gefährdungsbeurteilung vollständig um. Etwa drei von zehn Betrieben führen Gefährdungsbeurteilungen durch, ohne psychische Belastungen zu berücksichtigen. In Betrieben mit Betriebsrat werden Gefährdungsbeurteilungen häufiger durchgeführt.

O-Ton Jutta Krellmann, MdB, Sprecherin für Mitbestimmung und Arbeit, DIE LINKE im Bundestag:

„Es ist ein Offenbarungseid: diejenigen, die wir am meisten brauchen, brennen am schnellsten aus. Bessere Arbeitsbedingungen in Gesundheit, Pflege und sozialen Berufen sind überfällig. Wettbewerb und Markt haben in diesen Bereichen nix zu suchen. Leider hat es eine Corona-Pandemie gebraucht, damit sich diese Einsicht langsam durchsetzt. Es ist höchste Zeit für einen besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz in allen Bereichen der Wirtschaft. Die bestehenden Instrumente reichen nicht aus. Wir brauchen eine Anti-Stress-Verordnung, die Arbeitgebern klar vorschreibt, wie Beschäftigte vor Stress, Ermüdung und Monotonie zu schützen sind. Außerdem gilt es die betriebliche Mitbestimmung auszuweiten. Starke Betriebsräte, die sich schützend einmischen können, sind die richtige Antwort auf Stress und Arbeitsverdichtung. Gerade dort wo es keine Betriebsräte gibt, muss der Staat viel häufiger und zielgerichteter kontrollieren. Hierfür braucht es mehr Personal, digitale Ausstattung und Mut zu abschreckenden Bußgeldern. Hier muss die Bundesregierung, die Länder entsprechend antreiben.“

Ergebnisse im Einzelnen:

- **Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** beträgt 33,41 Millionen, davon 11,64 Millionen älter als 50 Jahre (entspricht 34,84 %), hier und in Folge wenn nicht anders angegeben Stand Juni 2019 (s. Frage 1, Tabelle 1).
 - Die Wirtschaftszweige mit dem höchsten Anteil an Beschäftigten über 50 Jahre sind: Private Dienstleistungen (60 Prozent), Exterritoriale Organisationen und Körperschaften (58 Prozent), Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (46 Prozent), Wasserversorgung und Entsorgungswirtschaft (45 Prozent) und Grundstücks- und Wohnungswesen (42 Prozent).
 - Im Juni 2009 waren insgesamt 27,6 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 7,12 Millionen von ihnen 50 Jahre und älter (entspricht 26 %). Der Anteil der älteren Beschäftigten ist damit von 2009 bis 2019 um etwa 63,5 % gestiegen.
 - Ausschließlich geringfügig beschäftigt waren 4,9 Millionen Menschen, 2,37 Millionen von ihnen älter als 50 Jahre (entspricht 48 %). Im Juni 2009 waren insgesamt 5,38 Millionen Menschen ausschließlich geringfügig beschäftigt, 2,03 Millionen von ihnen 50 Jahre und älter (entspricht 38 %). Der Anteil der älteren Beschäftigten ist damit von 2009 bis 2019 um 10 Prozent gestiegen (Frage 1, Tabelle 2).
 - Insgesamt beschäftigt (sozialversicherungspflichtig + ausschließlich geringfügig Beschäftigte) waren 38,3 Millionen Menschen, 14 Millionen davon 50 Jahre und älter (entspricht 36,6 %). Im Jahr 2009 waren 32,5 Millionen Menschen beschäftigt, davon 9,5 Millionen 50 Jahre und älter (entspricht 29,2 %). Ein Zuwachs bei der Gruppe älterer Beschäftigter um 47 % (Frage 1, Tabellen 1+2).
- Im Dezember 2019 lag die Beschäftigungsquote insgesamt bei **68,2 Prozent**. Sie hat in den letzten acht Jahren um 5,7 Prozent zugenommen. Bei den Personen im Alter von 50 bis 65 Jahren lag sie bei **65,5 Prozent** (s. Frage 2).
 - Von 2011 bis 2019 ist Beschäftigungsquote insgesamt um **5,7 Prozent** gestiegen. Bei den Personen im Alter von 50 bis 65 Jahren hat sie um **9,3 Prozent** zugenommen (Frage 2).
 - Die Beschäftigungsquote von Frauen im Alter von 50 bis 65 Jahren liegt mit **65,7 Prozent** etwas über der Quote von Männern im selben Alter mit **65,2 Prozent** (Frage 2).

- Allerdings sind nur **56,9 Prozent** der Frauen im Alter von 50 bis 65 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt, während **61,5 Prozent** der Männer einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen. **10,1 Prozent** der Frauen sind ausschließlich geringfügig tätig, während es bei Männern in dieser Altersgruppe nur **4,4 Prozent** sind (Frage 2).
- Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) berechnete für das Jahr 2009 **52,4 Millionen** Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen. Dies entspricht einem Anteil von **11,4 Prozent** an allen Diagnosegruppen. Im Jahr 2018 waren es **111,8 Millionen** Arbeitsunfähigkeitstage mit einem Anteil von **15,8 Prozent** an allen Diagnosegruppen. Damit ist die Anzahl der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen von 2009 bis 2018 um **213 Prozent** gestiegen (s. Frage 4).
- Pro Mitgliedsjahr in der gesetzlichen Krankenversicherung fielen im Jahr 2018 im Durchschnitt **3 Arbeitsunfähigkeitstage** aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen an (Frage 5).
 - Frauen sind mit **3,8 Diagnosetagen** stärker betroffen als Männer mit **2,3 Diagnosetagen**, Differenz + 65,2 % (s. Frage 5).
 - Beschäftigte 45 Jahre und älter sind mit **3,9 Diagnosetagen** stärker betroffen als Jüngere mit **2,2 Diagnosetagen**, Differenz + 77,2 % (Frage 5).

Wirtschaftszweige	Gesamt		Gesamt		45 Jahre und älter		45 Jahre und älter	
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	1,5	1,2	2,3	1,1	1,8	2,0	1,7	2,7
Nahrung und Genuss	3,0	2,4	3,7	2,3	2,8	3,8	3,1	4,5
Holz, Papier, Druck	2,7	2,5	3,5	1,9	2,5	3,4	3,1	4,3
Chemie	2,9	2,6	3,6	2,0	2,4	3,8	3,4	4,8
Metallerzeugung	2,6	2,3	3,7	1,8	2,4	3,4	3,1	4,8
Herstellung von elektronischen, optischen und DV-Geräten	2,6	1,9	3,7	1,8	2,6	3,5	2,6	4,7
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	2,8	2,3	3,9	1,7	2,4	3,7	3,1	5,0
Maschinenbau	2,1	2,0	2,9	1,5	1,9	2,9	2,6	4,0
Fahrzeugbau	2,6	2,4	3,6	1,9	2,4	3,2	2,9	5,1
Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	2,6	2,2	3,4	1,8	2,3	3,4	2,9	4,3
Energie- und Wasserversorgung, Abfallbeseitigung	2,8	2,6	3,4	1,8	2,2	3,4	3,2	4,6
Baugewerbe	1,6	1,5	2,4	1,2	2,0	2,2	2,1	2,8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	3,1	2,3	3,9	2,5	3,2	3,9	3,0	4,7
Verkehr und Lagerei	3,0	2,7	4,2	2,3	3,3	3,6	3,2	5,2
Gastgewerbe	2,3	1,4	3,0	1,8	2,4	3,1	2,0	3,8
Information und Kommunikation	2,2	1,8	3,0	1,7	2,4	3,2	2,6	4,1
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2,9	2,4	3,2	1,9	2,2	4,1	3,5	4,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	2,6	2,2	3,1	2,0	2,4	3,2	2,6	3,9
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	2,3	1,8	2,7	1,8	2,2	3,2	2,7	3,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	2,8	2,1	3,7	2,2	3,0	3,6	2,8	4,4
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung	4,1	3,3	4,7	2,8	3,1	5,2	4,0	6,0

Erziehung und Unterricht	3,5	2,4	3,9	2,6	2,9	4,7	3,4	5,1
Gesundheits- und Sozialwesen	4,4	3,7	4,6	3,3	3,3	6,0	4,8	6,2
Sonstige Dienstleistungen	3,1	2,3	3,5	2,5	2,8	3,8	3,0	4,2
Übrige	3,7	2,9	4,6	2,8	3,7	4,6	3,7	5,4
Durchschnitt	3,0	2,3	3,8	2,2	2,9	3,9	3,0	5,0

- Die Anzahl der Diagnosetagen betrug 2016 noch 2,8 und ist damit um **7 Prozent** gestiegen (s. Frage 5).
- 2018 waren Beschäftigte 45 Jahre und älter in den Branchen Gesundheits- und Sozialwesen (**6 Diagnosetage**), Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung (**5,2 Diagnosetage**) und Erziehung und Unterricht (**4,7 Diagnosetage**) besonders von psychischen und Verhaltensstörungen betroffen (s. Frage 6).
 - Damit wiesen Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen eine **doppelt so hohe Anzahl** auf als der Durchschnitt (**3 Diagnosetage**) und eine **viermal so hohe** Anzahl wie Beschäftigte im Bereich Land-, Forstwirtschaft und Fischerei (**1,5 Diagnosetage**).
 - Die am stärksten Betroffenen Beschäftigtengruppe sind ältere Frauen im Gesundheits- und Sozialwesen (6,2 Diagnosetage).
 - Frauen sind ausnahmslos in allen Branchen, sowohl bei 45 Jahre und älteren als auch bei jüngeren Beschäftigten stärker von psychischen und Verhaltensstörungen betroffen als Männer (s. Frage 6).
- 2019 sind insgesamt **67.321 Personen** aufgrund verminderter Erwerbsfähigkeit mit der Diagnose „Psychische Störungen“ in Rente gegangen. 2010 waren es **70.946 Personen**. 2019 entsprach dies einem Anteil von **41,7 Prozent** aller Frühberentungen. 2010 waren es noch **38,8 Prozent** gewesen (s. Frage 8).
 - Zu den Faktoren, die das Risiko für Frühverrentung erhöhen gehören:
 - Geringe Einfluss- und Entwicklungsmöglichkeiten
 - hoher Arbeitsgeschwindigkeit und großer Arbeitsmenge
 - ungünstige physische und psychosoziale Arbeitsbedingungen
 - geringe soziale Unterstützung in der Arbeit
 - niedrige Kontrolle über die eigenen Arbeitszeiten (z. B. Pausen)
 - niedrige Rollenklarheit (z. B. Unklarheit über Zuständigkeiten) (Frage 9b).
- 2018 berechnet die BAuA **111,8 Millionen Ausfalltage** aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen wodurch Produktionsausfallkosten von **13,3 Milliarden €** entstanden, was einem Anteil am Bruttonationaleinkommen von **0,4 Prozent** entspricht. 2008 waren es noch **41 Millionen Ausfalltage** gewesen und **3,9 Milliarden €** an Produktionsausfall gewesen, was **0,2 Prozent** am Bruttonationaleinkommen entsprach. Die Ausfalltage aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen haben sich innerhalb von zehn Jahren um den **Faktor 2,7** erhöht, die Produktionsausfallkosten um den **Faktor 3,4**. Der Anteil am Bruttonationaleinkommen hat sich **verdoppelt** (s. Fragen 10 und 11).
 - Im Jahr 1998 berechnet die BAuA 27,3 Millionen Ausfalltage, was einem Produktionsausfall von 2,4 Milliarden € entspricht und einem Anteil von 0,1 Prozent am Bruttonationaleinkommen. Die Ausfalltage aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen haben sich innerhalb von zwanzig Jahren um den Faktor 4,1 erhöht, die Produktionsausfallkosten um den Faktor 5,5. Der Anteil am Bruttonationaleinkommen hat sich vervierfacht (s. Fragen 10 und 11).
- Zur Vermeidung von Gefährdungen und als Grundlage präventiver betrieblicher Strategien kommt der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung psychische Belastungen eine große Bedeutung zu (s. Fragen 12 u. 13)
 - 48 Prozent aller Betriebe haben keine Gefährdungsbeurteilung durchgeführt. 31 Prozent aller Betriebe führen Gefährdungsbeurteilungen durch ohne psychische Belastungen zu berücksichtigen. Nur 5 Prozent aller Betriebe setzen die Vorgaben an die Gefährdungsbeurteilung vollständig um (s. Frage 12).

- **85 Prozent** der Betriebe mit Betriebsrat haben eine Gefährdungsbeurteilung, wogegen diese nur bei **60 Prozent** der Betriebe ohne Betriebsrat der Fall ist. „Gefährdungsbeurteilungen werden in Betrieben mit einer Beschäftigtenvertretung (Betriebs /Personalrat) häufiger durchgeführt als in Betrieben ohne Beschäftigtenvertretung“ (s. Frage 12d).
- **80 Prozent** der Betriebe, die vom Aufsichtsdienst besucht wurden, verfügen über eine Gefährdungsbeurteilung, während nur **48 Prozent** der Betriebe, die nicht besucht wurden, eine haben. „Gefährdungsbeurteilungen unter Berücksichtigung psych. Belastungen liegen in Betrieben, die von Aufsichtsdiensten besucht und dabei auf die Berücksichtigung psychischer Belastung in der Gefährdungsbeurteilung angesprochen wurden, häufiger vor als in Betrieben, die nicht besucht wurden“ (s. Frage 12d).
- Für die betrieblichen Akteure ist es schwierig und herausfordernd Maßnahmen zur Minderung psychischer Belastungen umzusetzen (s. Frage 12f).
- Die BAuA hat den **Stand der Forschung zum Einfluss von Alter und Altern auf die Gesundheit** der Beschäftigten systematisch aufbereitet (s. Frage 14):
 - Als wesentliche arbeitsbezogene Stressoren gelten Zeit- und Leistungsdruck, Multitasking, häufige Unterbrechungen, geringe Kontrolle über die Arbeit, unfaire Entlohnung, Monotonie und Arbeitsplatzunsicherheit sowie nicht zuletzt Mobbing und schlechte Führung,
 - Dauerhafter (chronischer) Stress wirkt sich negativ auf verschiedene kognitive Funktionen aus und erhöht das Risiko für Herz-Kreislauferkrankungen, Burnout und Depressionen,
 - Vor allem ältere Beschäftigte zeigen negative Körperreaktionen auf Stress, insbesondere wenn sie nicht über hinreichende Bewältigungsstrategien verfügen,
 - Zur Vermeidung von Gefährdungen und als Grundlage präventiver betrieblicher Strategien kommt der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung psychische Belastungen eine große Bedeutung zu,
 - auf Grundlage der Gefährdungsbeurteilung gut gestaltete Arbeit ermöglicht die gezielte Kompensation von Leistungseinbußen und die Nutzung alterstypischer Stärken von Mitarbeitern.
- **Der Mangel beim Arbeitsschutz** im Bereich der psychosozialen Risiken und der Gefährdungsbeurteilungen liegt für die Bundesregierung in folgenden Faktoren begründet (s. Frage 14):
 - Mangel an Erfahrung, Wissen und Qualifikation zur Thematik, auch auf Seiten von Präventionsexperten und Aufsichtsdiensten,
 - Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge von psychosozialen Risiken der Arbeit sind komplex, sind für betriebliche Akteure daher „schwierig zu handhaben“,
 - Unübersichtliches Angebot an Analyseinstrumenten, Verfahrensvorschlägen und Handlungshilfen zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung.
- **Psychosoziale Belastungen am Arbeitsplatz** befinden sich weiterhin auf einem hohen Niveau, Die subjektive Belastung hat zugenommen (s. Frage 16).
 1. Mit zunehmendem Alter steigt die Belastung durch häufigen Termin- oder Leistungsdruck (Frage 16a).
 2. 55 bis 64-jährige Beschäftigte fühlen sich am häufigsten durch das Betreuen von verschiedenen Arbeiten gleichzeitig belastet (Frage 16f).
 3. Bis zum Alter von 64 Jahren steigt der Anteil derjenigen, die an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten stetig an (Frage 16g).
 4. 55 bis 64-Jährige haben am häufigsten Probleme nach der Arbeit abschalten zu können (Frage 16h).